Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 8. Mai 2019, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 4/2019

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV
Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Martin Ehlers
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Christina Heide
Beigeordneter Howard Jacques
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Beigeordneter Jörg Münkenwarf
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Sebastian Seidel
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial
Ratsmitglied Georg Berner-Waindok
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Petra Stomberg
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion
Ratsmitglied Christian Ressel
Ratsmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion
Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfDW-Fraktion
Ratsmitglied Thorsten Moriße

Mitglied Die Linke
Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Freie Wähler
Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernenten
Erster Stadtrat Armin Schönfelder
Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung
Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller
Fachbereich Finanzen Jörg Engesser

Protokollführerin
Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Mirco Danner
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Irina Moriße-Kappes
Bürgermeister Uwe Reese

als Gast
Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 18

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Abwahl und Neuwahl eines Mitgliedes des Grundstücksverkehrsausschusses	**102/2019**
6.2	Beitritt zur Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e. V. (SDN)	**109/2019**
6.3	Teilnahme an dem Modellprojekt „Smart Cities“	**120/2019**
7.1.1	Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2018 (Kernverwaltung)	**64/2019**
7.1.2	Nachbewilligung zum Haushalt 2019	**105/2019**
7.1.3	Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2020 für kostenrechnende Einrichtungen	**90/2019**
7.1.4	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	**73/2019**
7.2.1	Gem. Antrag Gruppe CDU/WBV, SPD-Fraktion, Gruppe GUS: Änderung Bebauungsplan Nr. 40 Havermonikenstraße/Kohlenhafen	**512/2019**
7.2.2	84. AE des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven Schleusenstraße / ehemalige Minenlagerhäuser Entwurfsbeschluss	**93/2019**
7.2.3	Bebauungsplan Nr. 152 (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan 024 (VEP024) Schleusenstraße / ehemalige Minenlagerhäuser Entwurfsbeschluss	**92/2019**
7.2.4	Bebauungsplan Nr. 181, 1. Änderung Maadetal Mitte (mit Örtlicher Bauvorschrift) Entwurfsbeschluss	**95/2019**
7.2.5	Beschluss 2. Fortschreibung Einzelhandelskonzept 2019 der Stadt Wilhelmshaven (EHK 2019)	**94/2019**
7.2.6	Förderung Radverkehr Einbahnstraßenregelung Schulstraße zwischen Mühlenweg und Bismarckstraße	**100/2019**
7.2.7	Tourismuskonzept inklusive Marketingkonzeption und Hotelentwicklungskonzept für die Stadt Wilhelmshaven - Beschlussfassung - 1. Lesung	**110/2019**
7.3.1	Grenzstraße Stadthalle / JadeZentrum	**106/2019**
7.4.1	Rüstringer Stadtpark Integriertes städtebauliches Konzept (ISEK) Antragstellung Städtebauförderprogramm "Zukunft Stadtgrün"	**85/2019**
9	Anfragen	
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Leinert informierte, unter Tagesordnungspunkt 7.2.7 erfolge lediglich eine Information über die Neuerungen; eine Abstimmung sei jedoch nicht vorgesehen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung der Protokolle über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 20.02.2019

Herr Tönjes forderte, die Protokolle künftig wieder zügiger zur Verfügung zu stellen.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 20.02.2019 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

6.1 Abwahl und Neuwahl eines Mitgliedes des Grundstücksverkehrs-ausschusses **102/2019**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 06.05.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Oliver Gerriets, Fichtestr. 9, 26384 Wilhelmshaven
wird als Mitglied des Grundstücksverkehrsausschusses abgewählt.

Als Ersatzmitglied wird **Herr Uwe Heinemann**, Kolumbusring 55, 26389 Wilhelmshaven für den Rest der Amtszeit bis 2021 in den Grundstücksverkehrsausschuss gewählt.

6.2 Beitritt zur Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e. V. (SDN) **109/2019**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 06.05.2019 vor.
Anschließend **beantragte** er die **Zurückverweisung an den zuständigen Fachausschuss** zur weiteren Vorbereitung. Den Antrag begründete er mit weiterem Diskussionsbedarf.

Herr Dr. von Teichman wie auch **Herr Preuß** und **Herr Tönjes** verliehen ihrer Verwunderung hinsichtlich dieses Antrages Ausdruck. Schließlich handele es sich um ein Organ, welches sich bereits seit vielen Jahren für den Naturschutz einsetze. Sie konnten keine Hinderungsgründe für einen Beitritt erkennen.

Herr Jacques wendete ein, es gehe auch nicht um eine Ablehnung des Beitritts, sondern um die Verweisung in den Fachausschuss, um tiefer ins Thema

einzusteigen und die Rahmenbedingungen genauer kennen zu lernen. Er sehe keine Probleme im Antrag von Herrn Hellwig, zumal die Angelegenheit nicht zeitkritisch sei.

Der **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Hellwig auf **Zurückverweisung an den zuständigen Fachausschuss** wurde bei 12 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen**-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Beitritt der Stadt zur Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e.V. (SDN).

6.3 Teilnahme an dem Modellprojekt „Smart Cities“ **120/2019**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 06.05.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman bedauerte, dass der Beschluss offenbar erst sehr spät im Verfahren gefasst werde und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass dieses doch sehr wichtige Thema gemeinsam auf den Weg gebracht werden könne.

Herr Diers erklärte, auch wenn dem Rat erst jetzt ein Beschlussvorschlag unterbreitet werde, sei man bereits sehr weit ins Thema eingestiegen. Nachdem Herr Diers das Projekt kurz vorgestellt hatte, warb er für die Teilnahme als große Chance für die Stadt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat begrüßt die Absicht der Verwaltung, digitale Strategien für die Stadt Wilhelmshaven zu entwickeln und erklärt sich grundsätzlich bereit, diese Strategien gemäß der „Smart City Charta“ umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage eines entsprechenden Konzepts einen Antrag zur Teilnahme an dem Modellprojekt „Smart Cities“ einzureichen und die hierfür erforderlichen Ressourcen bereitzustellen. Für die Erstellung des Antrags ist ein geeignetes Beratungsunternehmen zu beauftragen.
3. Über die weiteren Schritte sind Fachausschüsse und Rat rechtzeitig zu informieren und ggf. auf dem Beschlusswege einzubeziehen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2018 (Kernverwaltung) **64/2019**

Frau Breuer trug die Informationsvorlage des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 06.05.2019 vor.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2018 zur Kenntnis.

7.1.2 Nachbewilligung zum Haushalt 2019 **105/2019**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 06.05.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die Nachbewilligung in Höhe von 150.000 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2019.

7.1.3 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2020 für kostenrechnende Einrichtungen **90/2019**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 06.05.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2020 auf 3,03 % (bisher 3,27 %) fest.

7.1.4 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **73/2019**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 06.05.2019 vor.

Herr Tönjes widersprach einer en-bloc-Abstimmung.

Die getrennte Abstimmung brachte das folgende Ergebnis:

Ziffer 1:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Ziffer 2:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 3 Enthaltungen)

Beschluss: -**getrennte Abstimmung**-

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
1. Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft eG, Grenzstr. 29-35 26382 Wilhelmshaven	4.690,00 €	Geldspende zur Durchführung der Sonntagskonzerte im Musikpavillon im Kurpark.
2. Bürgerstiftung Sparkasse Theaterplatz 1 26382 Wilhelmshaven	3.500,00 €	Geldspende für die Integrierte Gesamtschule Wilhelmshaven für die Kampagne „Wilhelmshaven klebt" (Panini-Album) zum 150. Stadtgeburtstag

7.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

7.2.1 Gem. Antrag Gruppe CDU/WBV, SPD-Fraktion, Gruppe GUS: Änderung Bebauungsplan Nr. 40 Havermonikenstraße/Kohlenhafen **512/2019**

Herr Schön brachte den gemeinsamen Antrag der Gruppe CDU/WBV, der SPD-Fraktion und der Gruppe GUS ein und begründete diesen anschließend.

Das Thema wurde anschließend zwischen den **Herren Dr. von Teichman**, **Prof. Preuß**, **Hellwig**, **Morisse**, **Ehlers**, **Jacques** und **von den Berg** diskutiert.
Dabei sprachen sich die Herren Dr. von Teichman, Prof. Preuß und Morisse gegen den Antrag aus und baten, diesen zurückzuziehen. Zum einen sei der Antrag unklar formuliert, zum anderen sei das Vorhaben bereits in Gang und ohnehin nicht mehr zu ändern. Indem dem Investor die Auftragsgrundlage entzogen werde, leide die Glaubwürdigkeit des Rates. Der Antrag setze ein falsches Signal.
Die Herren Hellwig, Ehlers, Jacques und von den Berg verteidigten das Anliegen. Herr Hellwig hielt den Gegnern entgegen, dass der Rat zu keinem Zeitpunkt einer Ansiedlung am Schlachthof zugestimmt habe. Es sei immer wieder betont worden, dass dort kein großflächiger Einzelhandel gewollt sei. Auch dem Käufer sei dies bewusst gewesen. Dieser trage mit der Bebauung der beiden Grundstücke Schlachthof und Bushalle gegen den Willen der Ratsmehrheit jedoch auch das unternehmerische Risiko. Angesichts der Vorgeschichte dieser Angelegenheit solle der Rat nicht offenen Auges zusehen, wie dort der Einzelhandel gegen die Empfehlungen des CIMA-Gutachtens immer weiter ausgebaut werde. Nicht zuletzt auch um dem stetig wachsenden Leerstand in der Innenstadt entgegen zu wirken, stelle sich der Rat als Entscheider seiner Verantwortung und beantrage die Änderung des Bebauungsplanes. Damit sollen weitere Ansiedlungen über den bereits geplanten Einzelhandel hinaus verhindert werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 25 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Die Gruppe CDU/WBV, die Fraktion der SPD und die Gruppe GUS im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragen die Einleitung eines Bauleitverfahrens im beschleunigten Verfahren (gem. § 13a BauGB) zur Änderung des geltenden Bebauungsplans Nr. 40, im Hinblick auf die Regulierung der Planungen zur Realisierung

großflächigen Einzelhandels im Bereich des ehemaligen Schlachthofgeländes und des ehemaligen Betriebsgeländes der Stadtwerkeverkehrsgesellschaft sowie die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes zur Entwicklung von nichtstörendem Gewerbe und Bürodienstleistungen.
Des Weiteren bitten die Gruppe CDU/WBV die Fraktion der SPD und die Gruppe GUS den Herrn Oberbürgermeister, den Ausschuss Planen und Bauen, in seiner Sitzung, am 12. März 2019, unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes" über diesen eingereichten Antrag zu unterrichten.

7.2.2 84. AE des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven **93/2019**
Schleusenstraße / ehemalige Minenlagerhäuser
Entwurfsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 30.04.2019 vor.

Die Bedenken von **Herrn Dr. von Teichman** und **Frau Weinstock** hinsichtlich des Lärmschutzes konnte **Herr Leinert** mit dem Hinweis, dass für den Hotelbetrieb der Lärmschutz durch passive Schallschutzmaßnahmen sichergestellt werde, ausräumen. **Herr Schön** betonte, dass laut der schalltechnischen Untersuchung keine Beeinträchtigungen durch unzulässige Schallemissionen aus Verkehrs- oder Gewerbelärm zu erwarten seien.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der 84. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.2.3 Bebauungsplan Nr. 152 (vorhabenbezogen)/ **92/2019**
Vorhaben- und Erschließungsplan 024 (VEP024)
Schleusenstraße / ehemalige Minenlagerhäuser
Entwurfsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 30.04.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 152 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans 024 (VEP 024) –SCHLEUSENSTRASSE / EHEMALIGE MINENLAGERHÄUSER- zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.2.4 Bebauungsplan Nr. 181, 1. Änderung Maadetal Mitte (mit Örtlicher Bauvorschrift) Entwurfsbeschluss **95/2019**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 30.04.2019 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 181 -MAADETAL MITTE- (mit Örtlicher Bauvorschrift) zu und beschließt, diesen (mit Örtlicher Bauvorschrift) einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.2.5 Beschluss 2. Fortschreibung Einzelhandelskonzept 2019 der Stadt Wilhelmshaven (EHK 2019) **94/2019**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 30.04.2019 vor.

Herr Jacques und **Herr Hellwig** begrüßten die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes. Dies sei mit der Kaufmannschaft abgestimmt und zeige, dass auch der Stadtnorden nicht abgehängt werde.

Herr Dr. Schulte wie auch **Herr von den Berg** lehnten das Konzept ab.
Herr Dr. Schulte begründete dies mit der Verlagerung des Einzelhandels in Voslapp vom Zentrum an das Randgebiet. Dort werde jedoch mit den ganzen geplanten Neuansiedlungen ein neuer zentraler Versorgungsbereich gebildet, was jedoch vom Arbeitskreis nicht gewollt gewesen sei.
Herr von den Berg empfand das geplante Angebot als übermäßig und nicht benötigt.

Die **Herren Harms**, **Ressel** und **Ehlers** standen den geplanten Vorhaben offen gegenüber: Zum einen könne „Aldi“ nicht verwehrt werden, ihre Märkte zu erneuern. Darüber hinaus durchbreche eine Ansiedlung von „dm“ das herrschende „Rossmann“ Monopol. Zum anderen würde die zentrumsrelevante Sortimentsliste nicht verändert. Generell könnten Neuansiedlungen nur begrüßt werden.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch gegenüber dem Gutachten. Dort seien zentrale Fragen zur Stärkung des Handels bedauerlicherweise nicht enthalten. Er vermisse eine Anleitung für den Rat zum Umgang mit dem Einzelhandel. Für ihn falle der Erkenntnisgewinn aus der Aktualisierung eher mager aus.

Herr Leinert lobte das Gutachten als sehr wertvoll, so stelle es nicht zuletzt eine gute Gesprächsgrundlage bei Verhandlungen der Verwaltung mit den Einzelhandelsverbänden dar. Auch die IHK sehe die Stadt hier auf dem richtigen Weg. Nachdem Herr Leinert einige Beispiele für die erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes vorgestellt hatte, warb er dafür, weitere Kaufkraft nach Wilhelmshaven zu ziehen.

An der weiteren lebhaften Diskussion zum Thema beteiligten sich **Herr Münkenwarf**, **Herr Kunze**, **Frau Stomberg**, **Herr Leinert**, **Herr Walzner** und **Herr Prof. Preuß**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen)

Der RAT der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass der Bericht zur 2. Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2019 für die Stadt Wilhelmshaven (EHK 2019) bezüglich der Inhalte über:

- die zentralen Versorgungsbereiche (ZVB) und
- die örtliche Sortimentsliste

unverändert entsprechend der Fassung des „Einzelhandelskonzeptes 2014" übernommen werden soll. Eine Ausnahme gilt für folgende Änderung:
Standort Voslapp Süd: Abweichend von der Auffassung des „Arbeitskreises Einzelhandel" soll das Konzept des Bebauungsplanes Nr. 97 –Östlich Flutstraße/Arthur-Grunewald-Straße- Aufstellungsbeschluss v. 15.11.2017 (Vorl. Nr. 316/2017) umgesetzt werden:
→Erweiterung Aldi durch einen Neubau und Umnutzung des bisherigen Gebäudes für einen Drogerie Markt (DM). Die Voraussetzung für Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 97 ist die Ausweisung eines Zentralen Versorgungsbereiches (ZVB) im EHK 2019. Eine Verträglichkeit dieser Planung mit den anderen Zentralen Versorgungsbereichen wurde nachgewiesen.

Für die drei geplanten perspektivischen Ansiedlungsvorhaben (Möbelhaus/Potenburg, Nahversorgung/Marktstraße West und Rathausplatz/Postgebäude) kann nach dem Nachweis einer Verträglichkeit das EHK 2019 zu einem späteren Zeitpunkt ergänzt werden.

7.2.6 Förderung Radverkehr **100/2019**
Einbahnstraßenregelung Schulstraße zwischen Mühlenweg und Bismarckstraße

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 30.04.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman brachte den folgenden **Änderungsantrag** für die FDP-Fraktion mit nachfolgender Begründung ein:

„Der Rat möge beschließen:
Die Beschlussvorlage wird wie folgt abgeändert:

1. *Auf das „Einfahrtverboten-Schild" am Mühlenweg/Schulstraße wird verzichtet.*
2. *Auf das „Einfahrtverboten-Schild" an der Schulstr./Tonndeichstr./Karlstr. wird verzichtet.*
3. *Auf der Bismarckstraße wird in Höhe Schulstraße die Mittellinie durchgezogen. Zusätzlich wird das Schild „Vorgeschriebene Fahrtrichtung geradeaus (Nr. 209-30)" an der Bismarckstraße in Richtung Osten aufgestellt."*

Frau Heide machte darauf aufmerksam, dass der von der Verwaltung vorgelegte Vorschlag lange diskutiert und von allen Beteiligten als gute Lösung akzeptiert worden ist. Dies stelle einen guten Schritt in Richtung fahrradfreundliche Stadt dar.

Herr Walpurgis brachte für die UWG-Fraktion einen weiteren **Änderungsantrag** ein und begründete diesen anschließend:

„Es wird auf eine Einbahnstraßenregelung verzichtet. Stattdessen wird lediglich „Anliegern" das Befahren der Schulstraße gestattet und dies mit dem entsprechenden Verkehrszeichen an den notwendigen Stellen angezeigt."

Herr Ressel warb für die Zustimmung zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion.

Herr Tönjes begrüßte den Verwaltungsvorschlag. Aus eigener Erfahrung wisse er um die Verkehrsprobleme in der Schulstraße, die immer wieder als „Rennstrecke" genutzt werde. Er sei optimistisch, dass sich eventuelle anfängliche Irritationen schnell regelten. Eine Alternative, wie die von der UWG-Fraktion vorgestellte, werde hingegen nicht funktionieren.

Auf Bitten von **Herrn von den Berg** erläuterte **Herr Walpurgis** anschließend das Ansinnen des Änderungsantrages der UWG-Fraktion.

Nachdem **Herr Moriße** sich für den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ausgesprochen hatte und **Herr Tönjes** erneut auf die Verkehrssituation in der Schulstraße eingegangen war, erklärte **Herr Jacques**, dass mit dem Verwaltungsvorschlag die Stadt weiter fahrradfreundlicher ausgebaut werden solle. Er gab zu bedenken, dass alle Beteiligten mit dem Beschlussvorschlag einverstanden seien und warnte davor, nun weiter daran ändern zu wollen. Die SPD-Fraktion werde die Änderungsanträge daher ablehnen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, erfolgte anschließend die Abstimmung über die Änderungsanträge:

Der **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde bei 5 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**,
ebenso der **Änderungsantrag der UWG-Fraktion**, der 2 Ja-Stimmen erhielt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die Einbahnstraßenregelung der Schulstraße zwischen dem Mühlenweg und der Bismarckstraße zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.

7.2.7 Tourismuskonzept inklusive Marketingkonzeption und Hotelentwicklungskonzept für die Stadt Wilhelmshaven - Beschlussfassung - 1. Lesung **110/2019**

Herr Schön brachte die Beschlussvorlage für den Rat als 1. Lesung ein.

Herr Diers stellte die im Tourismuskonzept enthaltenen Neuerungen vor und machte darauf aufmerksam, dass dem Rat zu einem späteren Zeitpunkt die einzelnen Beschlüsse zur Umsetzung vorgelegt würden.

In Beantwortung einer Nachfrage **von Herrn von den Berg** erklärte **Herr Diers**, dass die einzelnen Maßnahmen mit Kosten hinterlegt und durch den Rat entschieden würden.

Herr Dr. von Teichman sah noch diverse Arbeiten zur Vorbereitung eines Beschlusses zu erledigen und stellte daher den **Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung an die folgenden Ausschüsse** zur weiteren Vorbereitung:

- Ausschuss für Kultur
- Ausschuss für Sport
- Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
- Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft
- Gesellschafterversammlung WTF.

Eine Vorbereitung allein durch den Ausschuss für Planen und Bauen hielt er nicht für ausreichend.

Herr von den Berg stellte die Wichtigkeit heraus, den Prozess zu starten und zu einem Beschluss zu kommen.

Herr Ehlers zeigte anhand einiger Beispiele auf, wo es dem Konzept seiner Meinung nach noch an Substanz fehle. Dies müsse in den vorbereitenden Ausschüssen vor der Verabschiedung im Rat aufgearbeitet werden.

Die **Herren Heinemann**, **Jacques** und **Hellwig** zeigten sich erfreut, dass nach langen Jahren der Diskussionen nun endlich ein Tourismuskonzept als Arbeitsgrundlage vorliege. Der noch lange Weg der Umsetzung müsse zunächst einmal beschritten werden. Daher sei es falsch, bereits jetzt nach Fehlern zu suchen. Bei einem derart umfangreichen Werk sei Beratungsbedarf selbstverständlich. Das Konzept stelle eine gute Grundlage dar, an der sich Politik und Verwaltung nunmehr entlang arbeiten müssten. Um die Vorbereitung bestmöglich zu gestalten, sei die von Herrn Dr. von Teichman beantragte Verweisung durchaus sinnvoll. Die einzelnen Details könnten immer noch zu einem späteren Zeitpunkt herausgearbeitet werden. Insgesamt sei man mit dem Tourismuskonzept auf dem richtigen Weg, um die Stadt auf diesem Gebiet voran zu bringen.

Herr Diers bot anschließend Gespräche in den Fraktionen an.

Frau Kloster zeigte sich enttäuscht über das vorgelegte Konzept. Ihrer Meinung nach sei es nicht ausreichend detailliert und lasse eine Zielsetzung vermissen. Diese müsse zuerst gesetzt werden, bevor es an die Planung einzelner Maßnahmen gehe.

Nachdem **Herr Leinert** im Anschluss die Neuerungen des Hotelkonzeptes vorgestellt hatte, wies er drauf hin, dass es künftig regelmäßige Treffen der beteiligten Fachleute gebe, um das Thema weiter zu begleiten.

Herr Dr. von Teichman vermisste auch hier wesentliche Informationen. Er hielt den Inhalt für zu mager und die Aussagen für zu schwammig. Für ein solches Ergebnis hätte es keines Gutachtens bedurft.

Der **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Dr. von Teichman auf **Verweisung an die Fachausschüsse** wurde anschließend **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen**-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt das Tourismuskonzept inklusive Marketingkonzeption für die Stadt Wilhelmshaven. (Anlage 1).

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt das Hotelentwicklungskonzept für die Stadt Wilhelmshaven. (Anlage 2).

Die Anlagen 1 und 2 sind Bestandteil des Protokolls.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes unterbrach Herr Becker die Sitzung für eine **Pause von 18.05 Uhr bis 18.20 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der Vorlage des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude.

7.3 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

7.3.1 Grenzstraße Stadthalle / JadeZentrum **106/2019**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 02.05.2019 vor.

Herr Hellwig beantragte die **Vertagung** auf die nächste Ratssitzung. Die Zeit solle genutzt werden, um sich über die Nutzungsart, den Standort und die Finanzierung klar zu werden. Dazu werde man auch von der Verwaltung entsprechende Informationen einfordern.

Herr Dr. von Teichman brachte für die FDP-Fraktion einen **Änderungsantrag** ein und begründete diesen anschließend:

„Der Rat möge beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt, derzeit nur Punkt 3 der Vorlage umzusetzen, die weiteren werden bis zur Vorlage des Gutachtens vertagt."

Eine komplette Vertagung halte er für fatal.

Herr Walpurgis zeigte Verständnis für die Anliegen beider Antragsteller und warf die Frage auf, ob es einen Kompromiss für eine Vertagung gebe.

Herr Jacques verdeutlichte die Bedeutung einer gründlichen Vorbereitung. So habe man Herrn Diers für ein Gespräch in die Fraktion eingeladen und könne auch den Vertagungsantrag mittragen.

Anschließend ergab sich eine kurze Diskussion zwischen **Herrn Becker**, **Herrn Tönjes** und **Herrn Schönfelder** über das Rederecht von Herrn Tönjes. Dies wurde in der folgenden Abstimmung mehrheitlich mit der Begründung abgelehnt, Herr Walpurgis als Mitglied der gleichen Gruppe habe bereits das Rederecht für diesen Tagesordnungspunkt in Anspruch genommen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hellwig auf **Vertagung in die nächste Ratssitzung** wurde bei 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Damit entfiel eine Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Dr. von Teichman.

Beschluss: -**vertagt**-

Der Rat beschließt folgende Punkte:

1. Der Betrieb der Stadthalle im JadeZentrum wird aufgrund unwirtschaftlich hoher anstehender Sanierungsbedarfe zum 31.12.2021 eingestellt. Die WTF GmbH wird angewiesen, dies in der Veranstaltungsplanung zu berücksichtigen und geeignete Ausweichstandorte für Veranstaltungen zu prüfen.
2. GGS wird beauftragt, zusammen mit der WTF GmbH die erforderlichen Planungen in 2019 zu beginnen, um einen Neubau einer Veranstaltungshalle auf dem Gelände des Banter See Parks bis zum 1.Quartal 2024 zu ermöglichen.
3. GGS wird zusammen mit der WTF GmbH ein Fachgutachten erstellen, bzw. in Auftrag geben um die aktuell angedachte Größe für max. 2000 Personen (sitzend) oder max. 4.000 Personen (stehend) und die aktuell angedachte Ausrichtung der Nutzung für Messen, Kongresse und Musikveranstaltungen für die zu errichtende Veranstaltungshalle zu überprüfen.
4. Nach Erarbeitung eines Grobkonzeptes mit einem Grobkostenrahmen ist dies dem Rat und den Aufsichtsgremien der WTF GmbH zur Freigabe so rechtzeitig vorzulegen, dass die erforderlichen Mittelabflüsse in den Wirtschaftsplan GGS 2020 ff aufgenommen werden können.
5. GGS wird ermächtigt, den Gebäudekomplex JadeZentrum zusammen mit dem Parkhaus im Zentrum öffentlich zum Verkauf anzubieten. Eingehende Bewerbungen sind zusammen mit einem vom Investor angedachten Nutzungskonzept dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

7.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

7.4.1 Rüstringer Stadtpark **85/2019**
Integriertes städtebauliches Konzept (ISEK)
Antragstellung Städtebauförderprogramm "Zukunft Stadtgrün"

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 05.04.2019 vor.

An der Diskussion zum Thema beteiligten sich **Herr Dr. von Teichman**, **Frau Heide**, **Herr Hellwig**, **Herr Ressel**, **Herr Schön** und **Herr Kunze**.
Alle stimmten der Beschlussvorlage grundsätzlich zu.
Herr Dr. von Teichman sah noch Änderungsbedarf im Bereich des Beleuchtungskonzeptes und bezüglich der geplanten Abholzung von Bäumen an der Straße zum Ehrenfriedhof. Er sah noch einige Feinarbeit nach Beschlussfassung auf die Verwaltung zukommen.
Frau Heide zeigte sich enttäuscht, dass es keine vergleichbare Planung für den Kurpark gebe, der in diesem Jahr immerhin zusammen mit der Stadt seinen Geburtstag feiere.
Herr Hellwig hielt den Bedenken von Herrn Dr. von Teichman entgegen, dass der Stadtpark kein Naturschutzgebiet sei und daher eine entsprechende Pflege benötige.
Herr Ressel teilte die Bedenken von Herrn Dr. von Teichman, könne der Vorlage jedoch zustimmen, sofern die Ratsmitglieder in die Detailplanung eingebunden würden.
Herr Schön machte darauf aufmerksam, es gehe hier zunächst um die Verabschiedung der Grundlagen für eine Antragstellung; Detailfragen würden in einem zweiten Schritt aufgegriffen.

Herr Leinert erklärte, das Thema sei intensiv in den Fachausschüssen diskutiert worden. Der heutige Beschluss über das Konzept diene dem Ziel, in das „Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept“ aufgenommen zu werden. Voraussetzung dafür sei auch eine gewisse Erhaltung der historischen Strukturen; es sei nicht möglich alles zu ändern und zu modernisieren. Er bestätigte, dass Details zu einem späteren Zeitpunkt erarbeitet würden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt für das Untersuchungsgebiet „Rüstringer Stadtpark“ das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzeptes (ISEK) gemäß § 140 Nr. 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) (Anlage 1).

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Antrag zur Aufnahme in das Städtebauförderprogramm des Landes Niedersachsen, Programmkomponente Zukunft Stadtgrün, für das Programmjahr 2020 (Stichtag 01.06.2019) zu stellen und ermächtigt die Bauverwaltung (Technische Betriebe Wilhelmshaven) zur Antragstellung.

3. Die Stadt Wilhelmshaven (Technische Betriebe Wilhelmshaven) wird grundsätzlich den nicht durch zweckgebundene Einnahmen und Fördermittel gedeckten Kostenanteil ab Beginn bis zum Ende der städtebaulichen Gesamtmaßnahme (Förderzeitraum 10 Jahre ab Programmjahr 2020) gemäß Kosten- und Finanzierungsübersicht (Anlage 2) übernehmen.

Die zeichnerische Abgrenzung des Untersuchungs- und des vorgeschlagenen Fördergebietes gemäß Anlage 3 ist Bestandteil des Beschlussvorschlages.

Die Anlagen 1 bis 3 sind Bestandteil des Protokolls

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner informierte über die folgenden Themen:

Tag der Niedersachsen

Die Ratsmitglieder seien eingeladen, am großen Festumzug am letzten Veranstaltungstag beim Tag der Niedersachsen in Wilhelmshaven teilzunehmen, der einmal über das gesamte Festgelände ziehen wird. Dieser Festumzug werde vom Landestrachtenverband organisiert, der auch die Einladungen per Mail versenden werde.
In der Umzugsreihenfolge sei der Teilnehmerplatz direkt hinter dem Ministerium – und somit an der Spitze des Umzugs – für die lokale Politik reserviert. Er wolle bereits jetzt dazu einladen, gemeinsam mit Ortsrat, Jugendparlament, Behindertenbeirat und Seniorenbeirat sowie den politischen Gremien des benachbarten Landkreises an diesem Umzug teilzunehmen und die Region tatkräftig zu vertreten. Der Umzug werde live im NDR-Fernsehen übertragen.

Resolution Einrichtung Hebammenstudiengang in Wilhelmshaven

Nach Verabschiedung der Resolution für die Einrichtung eines Hebammen-Studienganges an der Jade Hochschule in der Februar-Sitzung habe es folgende Reaktionen gegeben:
Landrat Holger Heymann, Landkreis Wittmund, habe seine Unterstützung zugesichert. Außerdem habe Ministerin Reimann aus dem Sozial- und dem Wissenschaftsministerium ihre Freude darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Stadt Wilhelmshaven Bemühungen zur verbesserten regionalen Versorgung mit Hebammen und Entbindungspflegern unterstütze.
Das gemeinsam mit den einzelnen Hochschulen für die Einrichtung von Studiengängen zuständige Wissenschaftsministerium habe mitgeteilt, dass von der Jade Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth und der Universität Oldenburg bereits eine Erklärung erfolgt sei, einen Studiengang Hebammenwesen möglichst zeitnah einrichten zu wollen. Minister Thümler weise allerdings darauf hin, dass mit einer solchen hochschulischen Profilbildung unter anderem auch nicht unerhebliche Ressourcenfragen verbunden seien. Deswegen müssten zunächst die wesentlichen Rahmenbedingungen einer solchen Entscheidung abschließend geklärt werden. Nach den Worten des Ministers könne ein Hebammen-Studiengang nicht kurzfristig, sondern mit einer zeitlichen Perspektive von etwa zwei Jahren realisiert werden.

Gleichzeitig weise Minister Thümler darauf hin, dass die Entwicklung auf Bundesebene beobachtet werden und in die generellen Entscheidungen einfließen müsse. Ende März habe der Bund den Ländern den Referentenentwurf zur Novellierung des Hebammengesetzes übersandt. Damit sei das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet und der Abstimmungsprozess der Länder untereinander und mit der Bundesseite habe begonnen. Das Wissenschaftsministerium gehe davon aus, dass zum Ende des Jahres die künftige Struktur der Hebammenausbildung – zumindest in Grundzügen – festgelegt sein werde.
Zwischenzeitlich habe sich aber die Kreisdelegierte der Hebammen Friesland/Wilhelmshaven für die Einrichtung des Hebammen-Studienganges an der Uni Oldenburg ausgesprochen.

Arsenal Wilhelmshaven
Nach wiederholter Diskussion des Themas in der WZ habe er die Sorgen der Mitarbeiter aufgenommen und sei mit dem Bundesministerium der Verteidigung in Kontakt getreten. Als Ergebnis könne bestätigt werden, dass die Dienstposten in Wilhelmshaven erhalten bleiben und eventuell sogar aufgestockt würden.

Abschließend bat Oberbürgermeister Wagner um Verständnis dafür, dass er aufgrund der Vorbereitungen seines Berufswechsels nicht mehr regelmäßig für Termine abends und an Wochenenden zur Verfügung stehe, da er an Fortbildungen teilnehme und Vorstellungsgespräche besuche. Aus diesem Grunde könne er auch am Wahlsonntag nicht vor Ort sein; dennoch stehe er an diesem Tag mit seinem Stellvertreter, Herrn Jugl, sowie mit Frau Muth als Pressesprecherin in ständigem Kontakt.

9 Anfragen

9.1 Anfrage der AfDW-Fraktion: Klimademonstration "Fridays for Future" **511/2019**

Die Anfrage von **Herrn Moriße** wurde durch **Herrn Schönfelder** wie folgt beantwortet:

„Fragen 1. -3.: Zuarbeit steht noch aus
Frage 4.: Die Verletzung der Schulpflicht wird je nach Schwere des Verstoßes und Bewertung durch die Schulleitung mit einem Schulbucheintrag bis hin zur Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens geahndet.
Frage 5.: Zuarbeit steht noch aus
Frage 6.: Zuständig ist die Landesschulbehörde bzw. die Schulleitung, da es sich um eine innere Schulangelegenheit handelt.
Frage 7.: Zuarbeit steht noch aus
Frage 8.: Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ist hier nicht bekannt. Falls es sich bei den Teilnahmen um schulische Veranstaltungen gehandelt hat, sind die Schülerinnen und Schüler über den Gemeindeunfallversicherungsverband versichert.
Frage 9. – 11.: Hierbei handelt es sich um Bewertungen und Einschätzungen der Verwaltung, die ihr als Trägerin der äußeren Schulangelegenheiten und insbesondere auch im Rahmen des Auskunftsrechts des Rates nicht zustehen.“

Oberbürgermeister Wagner fügte abschließend hinzu, dass ein komplettes Bild zu erhalten kaum möglich sei, da die Schulen nicht auskunftspflichtig seien.

Beschluss: --

Im Zuge der "Fridays for Future" Bewegung haben am Freitagvormittag, 15.3.2019 nach Angaben der Wilhelmshavener Zeitung 150 Jugendliche für mehr Klimaschutz demonstriert. Unsere Fragen richten sich an den Schulträger Stadt Wilhelmshaven und Schulen in Trägerschaft der Stadt Wilhelmshaven.

Anfrage:

1.Wie viele Schüler/ Eltern haben an den jeweiligen Schulen für die Teilnahme an der o.g. Demonstration um Beurlaubung/Freistellung vom Unterricht gebeten? (Bitte gliedern nach Schule und Anzahl der eingereichten Beurlaubungs- und Freistellungsanfragen

2. In wie vielen Fällen wurde dem Wunsch nach Beurlaubung/ Freistellung entsprochen?

3. In wie vielen Fällen kam es am Freitag, den 15.3.3019 zum Verstoß gegen die Schulpflicht durch unerlaubtes Fernbleiben vom Unterricht? (Bitte gliedern nach Schulen)

4. Wenn keine Daten vorhanden: Wie wird unerlaubtes Fernbleiben vom Unterricht/Verletzung der Schulpflicht an den betreffenden Schulen dokumentiert?

5. Gibt/gab es in den Schulen Richtlinie oder Handlungsanweisung zum Umgang mit Schülern, die an der o.g. Demonstration teilnehmen wollten/wollen und was wurde dazu den Schülern mitgeteilt?

6. Welche erzieherischen und pädagogischen Maßnahmen werden seitens der genannten Schulen unternommen, wenn Schüler mit Berufung auf Teilnahme an o.g. Demonstration dem Unterricht fernbleiben?

7. In wie vielen Fällen wurde an den betreffenden Schulen am 15.3.2019 Unterricht aufgrund von Absentismus abgemeldet?

8. Wie viele Schüler der jeweiligen Schulen waren während der Teilnahme an der „Fridays For Future" Demonstrationen durch die Schulen versichert?

9. Wie bewertet es der Schulträger Stadt Wilhelmshaven, wenn Schüler sich aufgrund der Teilnahme an den Fridays for Future Demonstrationen der Schulpflicht entziehen?
10. Gilt diese Bewertung auch, wenn Schüler sich für andere Demonstrationen der Schulpflicht entziehen?

11. Was empfiehlt der Schulträger Schülern und Lehrkräften hinsichtlich der Teilnahme an den Fridays for Future Demonstrationen?

10 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

gez.	gez.	gez.
Becker Ratsvorsitzender	Wagner Oberbürgermeister	Rogel Protokollführerin